

NORM, NORMALITÄT, NORMALISIERUNG: QUELLEN UND ZIELE EINES GESELLSCHAFTSPOLITISCHEN PARADIGMENWECHSELS IM SOWJETISCHEN BLOCK UM 1970

Peter Hübner

Das Problem

Im politischen Vokabular taucht der Begriff *Normalisierung* in verschiedensten Zusammenhängen auf. So kann beispielsweise von der Normalisierung zwischenstaatlicher Beziehungen die Rede sein. Auch wenn es um ein Konsolidieren der Lebensumstände nach Kriegen, Wirtschaftskrisen oder Naturkatastrophen geht, wird mitunter von Normalisierung gesprochen. Allgemein ist der Normalisierungsbegriff in solchen Fällen mit einer positiven Konnotation versehen. Normalisierung kann aber auch als politischer Kampfbegriff fungieren. So erscheint es aus der Perspektive politischer Macht als normal, wenn die Machtausübung unangefochten bleibt. Wird sie gar noch mit einem monopolistischen Anspruch versehen, was diesen in Frage stellt, als unnormal oder gar schon pathologisch.¹ Ein Beispiel für eine solche Sicht ist jener Normalisierungsbegriff, der nach der sowjetischen Invasion der ČSSR im Jahr 1968 von der neuen KSČ-Führung unter Gustáv Husák verwendet wurde.² Ihre „Normalisierungspolitik“ sollte den „Prager Frühling“ und seine Folgen überwinden. Das Wort Normalisierung stand hier für Repression gegen die Reformer, gezielte Entpolitisierung der Gesellschaft und deren soziale Beschwichtigung sowie für die Restauration der Parteiherrschaft.

Von der zeithistorischen Forschung sind vor allem die politischen Ereignisse des Jahres 1968 thematisiert worden. Die sozialhistorische Dimension des Normalisierungsregimes wurde besonders in Arbeiten von Christoph Boyer, Peter Heumos, Karel Kaplan und Lenka Kalinová genauer ausgeleuchtet.³ Am Beispiel der ČSSR, auf das hier nicht näher einzugehen ist, erschließt sich der Zugang zu einem generelleren Problem: Die Husák-Mannschaft verband nämlich mit ihrem Normalisierungskurs auch ein sozialpolitisches Konzept. Dieses wiederum ähnelte teilweise bis ins Detail den sozialen Zielvorstellungen, wie sie seit Ende 1970 und im Verlaufe des Jahres 1971 von Edward Gierek in Polen und Erich

1 Vladimir Shlapentokh, *A Normal Totalitarian Society: How the Soviet Union Functioned and How it Collapsed*, Armonk 2001, S. 8f.

2 Vgl. Oldřich Tůma, *Ein Jahr danach. Das Ende des Prager Frühlings im August 1969*, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (ZfG)* 46 (1998), S. 720–732, hier bes. S. 729.

3 Vgl. hierzu bes. Christoph Boyer, *Arbeiter im Staatssozialismus: ein Leitfadens in theoretischer Absicht*, in: *Bohemia* 42 (2001), S. 209–219; Peter Heumos, *Aspekte des sozialen Milieus der Industriearbeiterschaft in der Tschechoslowakei vom Ende des Zweiten Weltkrieges bis zur Reformbewegung der sechziger Jahre*, in: *Ebd.*, S. 323–362; Karel Kaplan, *Sociální souvislosti Kříže komunistického režimu v letech 1953–1957 a 1968–1975 (Soziale Zusammenhänge der Krise des kommunistischen Regimes in den Jahren 1953–1957 und 1968–1975)*, Praha 1993; Lenka Kalinová, *Sociální reforma a sociální realita v Československu v šedesátých letech (Soziale Reform und soziale Realität in der Tschechoslowakei in den sechziger Jahren)*, Praha 1998.

Honecker in der DDR präsentiert wurden.⁴ Auch in der Sowjetunion und anderen RGW-Ländern stellte man zur selben Zeit ähnliche Überlegungen an. Im Ergebnis wurden nahezu gleichzeitig die wirtschaftlichen Reformversuche der sechziger Jahre aufgegeben, mit denen um den Preis zeitweiliger sozialer Beschränkungen die wirtschaftliche Modernisierung forciert werden sollte.⁵ Dafür hatten sozialpolitische Befriedigungsmaßnahmen Konjunktur. Mit ihnen versuchten die Parteidiktaturen der wachsenden Unzufriedenheit entgegenzuwirken, mit denen die Bevölkerung in den einzelnen Ländern auf die im Zuge der Reformen entstandenen oder verstärkten Versorgungsprobleme und auf prekäre Einkommenslagen reagierte.

Während die bisherigen Reformprotagonisten hier eher zähneknirschend nachgaben, sahen die Reformgegner eine Chance zur Revitalisierung des „demokratischen Zentralismus“ und der sozialistischen Zentralverwaltungswirtschaft.⁶ Damit entschieden sich jahrelange Machtkämpfe an der Spitze dieser kommunistischen Parteien.⁷ Es ging nicht um kurzzeitige taktische Korrekturen, sondern um einen strategischen Kurswechsel. Genau genommen fehlte jedoch eine neue Strategie. Eric Hobsbawm konstatierte hierzu: „Mit Ausnahme von Ungarn waren in der Enttäuschung nach dem Prager Frühling überall die Versuche eingestellt worden, die sozialistischen Wirtschaften in Europa ernsthaft zu reformieren.“⁸ Um 1970 setzte jene Entwicklungsphase des „realen“ Sozialismus ein, die später als Stagnationsperiode bezeichnet worden ist. Was in der ČSSR unter Normalisierung firmierte, fand in der gesamten Region eine Entsprechung.⁹

Hier stellt sich die Frage, was die politischen Entscheidungsträger bei dieser Kursänderung unter Normalität verstanden und an welchen Normen sie diese maßen. Ihr Normalitätsbegriff war zu dieser Zeit durchaus programmatisch aufgeladen. Er zielte auf eine Gesellschaft, in der Konsumtions- und Vorsorgebedürfnisse auf hohem Niveau abgesichert waren. In diesem Sinne verbanden die kommunistischen Parteiführungen ihren Kurswechsel selbst mit großen Hoffnungen.¹⁰ Dies ließe sich angesichts der Gesamtkonstellation als Pfeifen im

4 Peter Hübner/Jürgen Danyel, Soziale Argumente im politischen Machtkampf: Prag, Warschau, Berlin 1968–1971, in: ZfG 50 (2002), S. 804–832.

5 Gerold Ambrosius/William H. Hubbard, Sozial- und Wirtschaftsgeschichte Europas im 20. Jahrhundert, München 1986, S. 302.

6 Shlapentokh, A Normal Totalitarian Society, S. 171.

7 Vgl. insbesondere die Beiträge zur Volksrepublik Polen und der Tschechoslowakei, in: Hans Lemberg (Hg.), Zwischen „Tauwetter“ und neuem Frost. Ostmitteleuropa 1956–1970, Marburg/Lahn 1993; s.a. Monika Kaiser, Machtwechsel von Ulbricht zu Honecker. Funktionsmechanismen der SED-Diktatur in Konfliktsituationen 1962 bis 1972, Berlin 1997.

8 Eric Hobsbawm, Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, München 2000, S. 585.

9 Guy Standing, Social Protection in Central and Eastern Europe: a Tale of Slipping Anchors and Torn Safety Nets, in: Gösta Esping-Andersen (Hg.), Welfare State in Transition, London u.a. 1996, S. 225–255.

10 Vgl. Rolf Walter, Wirtschaftsgeschichte. Vom Merkantilismus bis zur Gegenwart, Köln/Weimar/Wien 2000, S. 296; Lenka Kalinová, K sociálním dějinám Československa v letech 1969–1989 (Zur Sozialgeschichte der Tschechoslowakei in den Jahren 1969–1989), Praha 1999;

Walde deuten, zumal „visionäre Heilserwartungen der Diktatur [...] zu diesem Zeitpunkt längst schon in den Mühen der Ebene verbraucht“ waren.¹¹ Allerdings ist nicht klar, inwieweit um 1970 eine optimistische Inszenierung stattfand. Manches spricht dafür. Daß man im internen Kreis die Dinge durchaus kritisch, wenn nicht gar pessimistisch sah, steht außer Frage.¹² Andererseits setzten wichtige Akteure der Normalisierungspolitik zu dieser Zeit nahezu alles auf das Gelingen ihres sozialpolitischen Wendemanövers. Die angekündigten Sozialmaßnahmen ließen, so schien es, eine doppelte Dividende erwarten: die Stabilisierung der politischen Macht und einen wirtschaftlichen Wachstumsschub. Zumindest in der ersten Hälfte der siebziger Jahre ging diese Rechnung sogar einigermaßen auf.

Welche normativen Faktoren spielten in dem politischen Entscheidungsprozeß eine Rolle, der um 1970/1971 zur sozialpolitischen Neuorientierung führte? Der begrifflichen Klarheit halber ist festzuhalten, daß Norm hier als eine verhaltens- und handlungsrelevante Richtschnur oder auch als eine Regel zur praktischen Problemlösung zu verstehen ist. Insbesondere interessieren soziale Normen, die als Wertungen bzw. Verhaltensstandards in sozialen Gruppen Geltung beanspruchten und denen die Politik mehr oder weniger Rechnung tragen mußte. Es geht also nicht um die Normativität von Herrschaftssystemen im allgemeinen¹³ oder um die Existenz eines sozialistischen Maßnahme- und Normenvollzugsstaates im besonderen.¹⁴ Dabei ist nicht in Abrede zu stellen, daß die Durchsetzung von Rechtsnormen in osteuropäischen Nachkriegsgesellschaften und das Entstehen eines sogenannten sozialistischen Rechtskreises eng mit sozialen Erwägungen verbunden waren. Am Beispiel der DDR, der Volksrepublik Polen, der ČSSR und Ungarns ist dieser Zusammenhang in den neunziger Jahren näher untersucht worden.¹⁵

Edward Gierek/Janusz Rolicki, *Przerwana Dekada* (Die abgebrochene Dekade), Warszawa 1990; Norman Davies, *Im Herzen Europas. Geschichte Polens*, München 2000, S. 14f.; Friedrich Haffner, *Ökonomische Aspekte in der Theorie der sozialistischen Lebensweise und deren Realisierung*, in: *Ideen und Realität der sozialistischen Lebensweise in Ostmitteleuropa*, Marburg/Lahn 1986, S. 89–121.

11 Clemens Vollnhals/Jürgen Weber, Einleitung, in: Dies. (Hg.), *Der Schein der Normalität. Alltag und Herrschaft in der SED-Diktatur*, München 2002, S. 9–16, hier S. 12.

12 Vgl. Hübner/Danyel, *Soziale Argumente*, S. 821.

13 Siegfried Mampel, *Totalitäres Herrschaftssystem: normativer Charakter – Definition – konstante und variable Essenzialien – Instrumentarium* (=Schriftenreihe der Gesellschaft für Deutschlandforschung; Bd. 78), Berlin 2001, S. 16.

14 Ebd., S. 77.

15 Gerd Bender, *Recht und totale Politik. Anmerkungen zum Projekt „Normdurchsetzung in osteuropäischen Nachkriegsgesellschaften“*, in: *Rechtshistorisches Journal* 16 (1997), S. 482–491.

Reformer und Normalisierer

Es wäre wohl zu einfach, aus der Kontroverse zwischen *Reformern* und *Normalisierern*¹⁶ ohne weiteres auf konkurrierende normative Faktoren schließen zu wollen, aus denen sich dann zwei unterschiedliche Politikansätze herleiteten: einer, der die politisch riskante Ressourcenkonzentration auf wirtschaftliche Modernisierung präferierte, und ein anderer, der unter stärkerer Berücksichtigung sozialer Belange die Rückkehr zum politischen Zentralismus, auch in der Wirtschaft anstrebte. Den sozialen Leitbildern und Wertorientierungen nachgehend, die diesen beiden Optionen zugrunde lagen, stößt man zunächst auf eine gemeinsame Denktradition der Kontrahenten. Sie räumte dem Schutz unterer Einkommensschichten und dem Ziel sozialer Gerechtigkeit Priorität ein. Die politische Konsequenz lag in der Vorrangigkeit verteilungsorientierter Ziele und der Durchsetzung eines Rechts auf Arbeit.¹⁷

Das große Gewicht des sozialen Arguments sorgte in der politischen Praxis mit ihrem Dualismus wirtschaftlicher und sozialer Präferenzen für eine wiederholte Pendelbewegung zwischen Dezentralisierung und Rezentralisierung. Während Reformansätze in der Regel darauf zielten, die Bürokratisierung der Zentralverwaltungswirtschaft zurückzudrängen, Eigeninitiative zu fördern, Kostenbewußtsein zu wecken, um so die Wirtschaft effizienter zu machen, setzte die Gegenbewegung der Rezentralisierung immer dann ein, wenn die Reformen zu Ungleichgewichten zwischen einzelnen Branchen, zwischen Kaufkraft und Warenangebot sowie zu Versorgungsengpässen und damit zu sozialer Unzufriedenheit führten. Für die Parteiregime standen dann politische Risiken und Nachteile im Vordergrund und zwangen sie zur Korrektur. Letzten Endes ging es immer auch um die Machtsicherung durch soziale Stabilität, eine Überlegung, die schon der Bismarckschen Sozialreform zugrunde lag.¹⁸ Am deutlichsten wurde das in Polen, wo eine gewisse wirtschaftliche Liberalisierung von 1956/1957 bereits 1958/1959 mit sozialen Argumenten beendet wurde. Ähnlich verhielt es sich mit dem Kurswechsel von 1970/1971, den man allerdings 1975 wiederum unter Hinweis auf soziale Konsequenzen revidierte.¹⁹ Ähnliches läßt sich auch für die ČSSR zeigen, wo noch unter Antonin Novotný die „Grundsätze der Lohnpolitik im neuen Lenkungssystem“ von 1964 ebenso wie 1966/1967 die zweite Etappe der Wirtschaftsreform mit den Schwerpunkten Finanzen, Preis- und Lohnpolitik

16 Dieses Begriffspaar soll die Konfliktlage symbolhaft auf einen Nenner bringen. Es erhebt keinen Anspruch auf die adäquate Bestimmung einer wesentlich differenzierteren personellen Konfiguration.

17 Hans-Rudolf Peters, *Wirtschaftspolitik*, München/Wien, 3., vollständig überarb. u. erw. Aufl. 2000, S. 345.

18 Vgl. Eckhard Reidegeld, *Soziale Frage, staatliche Sozialpolitik und Herrschaft*, in: *Berliner Debatte INITIAL* 9 (1998) H. 1, S. 19–34.

19 Karl v. Delhaes, *Das bisherige Wirtschaftssystem und die Hinwendung zur Marktwirtschaft*, in: Wilhelm Wöhlke (Hg.), *Länderbericht Polen*, Bonn 1991, S. 240–278, hier S. 263.

präventiv durch weitreichende soziale Zusagen garniert wurden.²⁰ Auch in der DDR blieb der Reformversuch des „Neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung der Volkswirtschaft“ im Kontext bisheriger sozialer Leitbilder.²¹ Im übrigen war es Ulbricht selbst, der im Dezember 1965 auf die sozialen Risiken seines Reformvorhabens hinwies und zur „Lösung der großen sozialpolitischen Probleme, die mit der technischen Revolution verbunden sind“, aufforderte.²² Hier wie überhaupt seit Beginn der Reformdiskussion standen politisch brisante Stichworte wie Markt, Selbstregulierung, Leistungsdifferenzierung, Eigenverantwortung, Kosten-Nutzen-Rechnung immer unter einem sozialpolitischen Vorbehalt.²³ Die soziale Problematik entfaltete ein Gravitationsfeld, aus dem sich die Wirtschaftsreformen der sechziger Jahre nie lösen konnten und auch nicht sollten. Es zeigte sich, daß die erwähnte Pendelbewegung nicht symmetrisch verlief, sondern in der Tendenz immer etwas stärker zugunsten des Zentralismus und staatlicher Sozialmaßnahmen ausschlug. Hier machte es sich wohl bemerkbar, daß „kollektive Interessen nicht allein auf dem Wege der Aggregation vorfindbarer Einzel- und Gruppeninteressen“ zustande kommen, sondern wesentlich auf den Interpretationen von Interessenlagen durch die „Organisationselementen“ basieren.²⁴ Besonders in sozialistischen Ländern, wo die Parteiregime sehr stark von einer Legitimation durch die Sozialpolitik abhingen, war dieser Interpretationsvorgang wichtig.

Zwei Fragen schließen sich hier an: 1.) Woran orientierten sich die Reformer, als sie eine partielle Relativierung des im Hinblick auf die sozialen Leitideen bestehenden Konsensus vornahmen? 2.) Woraus resultierte die Entscheidung der Normalisierer, die Befriedigung sozialer Bedürfnisse zum Angelpunkt ihrer sozial- und wirtschaftspolitischen Optionen zu machen? Um eine Antwort auf die Frage nach den hierfür relevanten normativen Faktoren zu finden, erscheint es ratsam, das Problem in drei Richtungen zu sondieren: erstens die biographischen Hintergründe, zweitens die politische Programmatik und drittens schließlich die praktischen Entscheidungen.

20 Lenka Kalinová, Die Position der tschechischen Arbeiterschaft und der Gewerkschaften zur ökonomischen und sozialen Reform in den sechziger Jahren, in: *Bohemia*, 42 (2001), S. 363–380, hier S. 364.

21 Vgl. Manfred G. Schmidt, Grundlagen der Sozialpolitik in der Deutschen Demokratischen Republik, in: Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, Berlin/Bonn, Bundesarchiv Koblenz (Hg.), *Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945*, Bd. 1, Baden-Baden 2001, S. 689–798, hier S. 730.

22 Walter Ulbricht, Probleme des Perspektivplanes bis 1970, in: *Neues Deutschland*, 18.12.1965, S. 3–12, hier S. 10.

23 Vgl. u.a. Marion Westmann, „Liberalisierung“ im Ostblock: Pläne, Tatsachen und Grenzen, in: *ORDO. Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft*, 21 (1970), S. 297–323.

24 Thomas von Winter, Die Sozialpolitik als Interessensphäre, in: *Politische Vierteljahresschrift* 33 (1992), S. 399–426, hier S. 405.

Biographien, Milieus und Generationen

Zunächst legt das zu diskutierende Problem biographische und auch prosopographische Ansätze nahe. Ebenso erscheint ein Seitenblick auf die Milieu- und Generationenproblematik angezeigt.²⁵ Argumente für einen solchen Zugang hat bereits Karl Mannheim geliefert. In seiner Wissenssoziologie finden sich erstmals theoretische Erörterungen zu generationspezifischen Prägungen, Generationenprofilen, generationellen Konflikten und zum generationellen Normenkanon.²⁶ Neuere Befunde der soziologischen Forschung zum Einfluß des Generationen- und Milieuhintergrundes auf politische Entscheidungsträger und ihre Politik sind für die hier zu beantwortende Frage nach den normativen Faktoren der um 1970 eingeleiteten sozialpolitischen Wende von Belang.²⁷

Betrachtet man einige der direkt oder indirekt in die Kontroversen von 1970/1971 involvierten Spitzenakteure, von denen manche dann auch zum Führungspersonal der siebziger Jahre gehörten, so fallen eine Konzentration der Geburtsjahrgänge auf das Jahrzehnt vor dem Ersten Weltkrieg, eine soziale Herkunft aus überwiegend kleinen Verhältnissen und die häufige Wahl typischer Arbeiter- und Handwerkerberufe auf. Es ist in dem Zusammenhang von einer „Elite aus der Unterschicht“ gesprochen worden.²⁸

Name	Lebensdaten	Beruf	Vorbereitung u. Beginn der Parteikarriere
Walter Ulbricht	1893–1973	Tischler	1910er, 1919
Nikita Cruščev	1894–1971		1918, 1938
Antonin Novotný	1904–1975	Schlosser	1920er, 1946
Władysław Gomułka	1905–1982	Schlosser	1920er, 1932
Leonid Brežnev	1906–1982	Ingenieur	1930er, 1952
Todor Živkov	1911–1998	Buchdrucker	1932, 1945
János Kádár	1912–1989	Mechaniker	1930er, 1942
Erich Honecker	1912–1994	Dachdecker	1920er, 1931
Gustáv Husák	1913–1991	Jurist	1930er, 1954, 1963
Edward Gierek	1913–2001	Bergmann	1930er, 1954
Nicolae Ceaușescu	1918–1989		1936, 1944/45
Alexander Dubček	1921–1992	Schlosser	1950er, 1958

25 Vgl. Klaus Tenfelde, Historische Milieus – Erbllichkeit und Konkurrenz, in: Manfred Hettling/Paul Nolte (Hg.), Nation und Gesellschaft in Deutschland. Historische Essays, München 1996, S. 247–268.

26 Karl Mannheim, Das Problem der Generationen, in: Ders., Wissenssoziologie, Auszug aus dem Werk, hg. v. Kurt Wolff, Berlin/Neuwied 1964, S. 509–565.

27 Dieter Segert, Die Grenzen Osteuropas. 1918, 1945, 1989 – Drei Versuche im Westen anzukommen, Frankfurt a.M./New York 2002, S. 108–117; Heike Solga, Auf dem Weg in eine klassenlose Gesellschaft? Klassenlagen und Mobilität zwischen Generationen in der DDR, Berlin 1995; Michael Vester, Milieuwandel und regionaler Strukturwandel in Ostdeutschland, in: Ders./Michael Hofmann/Irene Zierke (Hg.), Soziale Milieus in Ostdeutschland. Gesellschaftliche Strukturen zwischen Zerfall und Neubildung, Köln 1995, S. 7–50; zur geschichtswissenschaftlichen Rezeption vgl. Georg Goes, Arbeitermilieus in der Provinz. Geschichte der Glas- und Porzellanarbeiter im 20. Jahrhundert, Essen 2001, S. 13–22.

28 Segert, Die Grenzen, S. 108.

So klein dieser Personenkreis auch ist, verdient der hohe Anteil der zwischen 1890 und 1914 Geborenen Aufmerksamkeit, jener Generation also, die infolge zurückgehender Säuglingssterblichkeit und weiterhin hoher Geburtenraten in der Bevölkerungspyramide besonders stark vertreten war. Über sie bemerkte Klaus Tenfelde mit Blick auf die Anhängerschaft der deutschen Sozialdemokratie: „Schon in der primären, also familienverbundenen Sozialisation überwogen auch in den Arbeiterhaushalten bürgerliche Orientierungen, die man manchmal in der Forschung als ‚kleinbürgerlich‘ diffamiert hat, die sich aber wie selbstverständlich in den täglichen Lebensformen und unbeschadet mancher pädagogischen Utopien, auch aus Kreisen der Arbeiterbewegung bestens etablierten. Und zugleich wuchs diese Generation in hohem Maße in politische Orientierungen hinein, die bereits familiär disponiert wurden, weil es nun schon eine Generation von Altsozialdemokraten gab.“²⁹ Auch wenn das sozialdemokratische Milieu in Deutschland im Vergleich zum übrigen Europa eine sehr spezifische Erscheinung war, fand es aufgrund seiner politischen und kulturellen Ausstrahlung und der fortschreitenden Industrialisierung aber doch Entsprechungen in den europäischen Arbeiterbewegungen, nicht zuletzt im östlichen Mitteleuropa.³⁰

Bürgerliche Orientierungen liefen gewöhnlich auch auf den Versuch hinaus, adäquate Lebensstile zu praktizieren. Für die Generation der zwischen 1890 und 1914 Geborenen bauten sich in dieser Hinsicht jedoch erhebliche Hürden auf: Erster Weltkrieg, Nachkriegs- und Weltwirtschaftskrise, NS-Herrschaft und Zweiter Weltkrieg bildeten einen Erfahrungshorizont und Handlungsrahmen, der politisch denkende Menschen nicht nur für die soziale Frage sensibilisieren, sondern sie auch radikalisieren konnte. In den zwanziger Jahren verlor das sozialdemokratische Milieu an Bindekraft, während im linken politischen Spektrum eine konkurrierende kommunistische Bewegung an Boden gewann.³¹ Sie bot den meisten Angehörigen des oben genannten Personenkreises noch in der Zwischenkriegszeit den Einstieg in politische Karrieren. Das Engagement in kommunistischen Parteien, die immer deutlicher den Stempel Stalins trugen, war keine ungewöhnliche Reaktion auf radikalisierende Zeitumstände. Zudem wirkte der Aufstieg der Sowjetunion und ihr Sieg im Zweiten Weltkrieg wie eine Bestätigung dieser Entscheidung. Hierin lag aber auch eine wesentliche Voraussetzung für diese Nachkriegskarrieren.

Wenn es um die Vorstellungen von gesellschaftlicher „Normalität“ im Denken jener Personen geht, die in den sechziger und siebziger Jahren im östlichen Mitteleuropa an der Spitze großer staatssozialistischer Parteien standen, muß

29 Klaus Tenfelde, Milieus, politische Sozialisation und Generationenkonflikte im 20. Jahrhundert. Vortrag vor dem Gesprächskreis Geschichte der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn am 11. Juni 1997. [Electronic ed.] Bonn 1998, S. 22.

30 Vgl. Manfred Alexander, Aspekte der politischen Kultur in Polen und in der Tschechoslowakei in der Zwischenkriegszeit, in: Winfried Eberhard u.a. (Hg.), Westmitteleuropa – Ostmitteleuropa. Vergleiche und Beziehungen. Festschrift für Ferdinand Seibt, München 1992, S. 341–350.

31 Gerhard A. Ritter, Die sozialistischen Parteien in Deutschland zwischen Kaiserreich und Republik, in: Ders., Arbeiter, Arbeiterbewegung und soziale Ideen in Deutschland. Beiträge zur Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, München 1996, S. 253–291.

man die Herkunftsmilieus als wichtige Voraussetzung solcher Parteikarrieren im Blick behalten.³² Es scheint, als bildeten zumindest für die Älteren die „bürgerlichen“ Optionen sozialdemokratischer Milieus und das radikalisierte kommunistische Umfeld, in dem sie sich bewegten, eine in sich widersprüchliche, dennoch aber einheitliche Sozialisationsinstanz. Hier sind die normativen Leitplanken ihrer politischen Biographien zu suchen.

Betrachtet man anhand von Selbstzuschreibungen und Berichten die Lebensstile der Hauptakteure, so fällt zweierlei auf: Zum einen glichen sie bei aller subjektiven Selbstzuordnung zur Arbeiterklasse doch eher denen von Angestellten. Die Bürokratisierung der Parteiapparate mochte dazu beigetragen haben. Zum anderen wurden aber gerade in sozialer Hinsicht Erwartungshaltungen der traditionellen Arbeiterbewegung bedient, so etwa eine gewisse Anspruchslosigkeit der Lebensführung, eine Wertschätzung bürgerlichen Bildungsgutes und eine Vorstellung von allgemeinem Wohlstand, die sich an der unteren Mittelschicht orientierte. Wohnraum, Arbeitsplatz- und Lohnsicherheit, eine stabile Versorgung mit einem Grundsortiment an Lebensmitteln und Gebrauchsgütern sowie Preisstabilität sind hier wohl an erster Stelle zu nennen. Spuren dieser Prioritäten lassen sich in zahlreichen Äußerungen der Protagonisten, aber auch ihrer Biographen finden. Sie gehen im wesentlichen auf die jeweils eigene Milieu-Sozialisierung zurück.³³ Das durch prekäre Arbeiter- und Handwerkerexistenzen bestimmte Herkunftsmilieu schlug letztlich auf ihre sozialen Leitvorstellungen und schließlich auf ihre sozialpolitische Programmatik durch. Hier finden sich Belege für die These von der besonderen Modernisierungsresistenz traditionaler Milieus.³⁴ Das gilt auch für den bevorzugten Lebensstil der Protagonisten. Er läßt recht klar den in der soziologischen Literatur beschriebenen Beharrungseffekt des in bestimmten Milieus erworbenen Habitus erkennen.³⁵

Mit den Generationen wechselten sozialpolitische Paradigmen. Selbst innerhalb der erwähnten „Großgeneration“ sind Akzentverschiebungen zu beobachten. Während ihre älteren Angehörigen soziale Zielprojektionen eher im Vergleich zu den verbreiteten Notlagen der Weltwirtschaftskrise, der Kriegs- und Nachkriegszeit entwickelten, neigten die jüngeren Jahrgänge schneller zur Anpassung an die sozialen Erwartungen der wesentlich jüngeren Nachkriegsgeneration. Dabei sahen sie sich mit Bedürfnissen konfrontiert, denen westliche Lebensstile und Standards als Referenzsystem dienten. Wie weit man dem beschwichtigend entgegenzukommen bereit war, zeigte sich geradezu symbolhaft in den seit Beginn der siebziger Jahre forcierten Bemühungen um die Indi-

32 Klaus Tenfelde, Arbeitersekretäre. Karrieren in der deutschen Arbeiterbewegung vor 1914 (Kleine Schriften. Stiftung Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte, Nr. 13), Heidelberg 1996, S. 13.

33 Exemplarisch etwa Reinhold Andert/Wolfgang Herzberg, Der Sturz. Erich Honecker im Kreuzverhör, Berlin/Weimar 1990, S. 103–129.

34 Peter Alheit u.a., Gebrochene Modernisierung: der langsame Wandel proletarischer Milieus. Eine empirische Vergleichsstudie ost- und westdeutscher Arbeitermilieus in den 1950er Jahren, Bd. 1, Sozialgeschichtliche Rekonstruktionen, Bremen 1999, S. 40.

35 Vgl. Vester, Milieuwandel, S. 11f.

vidual-„Automobilisierung“. Auch ist es vielleicht nicht ganz abwegig, im Jugendkult der Normalisierungsperiode den Versuch einer Generationenbindung durch soziale Zugeständnisse zu sehen, die man selbst im einzelnen für überflüssig hielt. Sie hatten eine taktische Funktion, während die sozialen Leitvorstellungen der kommunistischen Machtelite eher das Sicherheitsbedürfnis betonten.

Die Personen, um die es hier geht, übten aufgrund ihrer Machtstellung starken Einfluß auf die jeweilige Sozialpolitik aus. Es handelte sich fast ausnahmslos um Männer. Frauen agierten auf diesem Politikfeld allenfalls in der dritten Reihe, so daß der Gender-Aspekt des Normalitätsproblems allein schon wegen der personellen Zusammensetzung der Führungsgremien eine erhebliche Schlagseite aufwies.³⁶ Ein weiterer Gesichtspunkt sollte wenigstens erwähnt werden: Biographische und generationelle Prägungen der politischen Spitzengarnitur kamen zwar in den politischen Entscheidungen ziemlich direkt zur Geltung. Doch in der konkreten Umsetzung durch die Apparate der Partei, des Staates und der Gewerkschaften erfuhren ursprüngliche Intentionen häufig auch Brechungen und Verbiegungen. Es handelte sich um die für Bürokratien typischen Verzerrungseffekte.³⁷ Das geschah weniger, weil die Bürokratien eigene konstruktive Interessen verfolgten. Eher war es ihre funktionale Trägheit, die im konkreten Fall während der sechziger Jahre auch Reformverweigerung erzeugte. Wer sich der Unterstützung der Apparate vergewissern wollte, mußte dies kalkulieren. Hier waren die Normalisierer in der stärkeren Position.

Programmatische Indikatoren

Betrachtet man diejenigen normativen Faktoren genauer, die seit Beginn der siebziger Jahre ihren Niederschlag in der sozialpolitischen Programmatik fanden, so erweist sich der Normalisierungs-Topos als Rückgriff auf das Kerninventar des Marxismus-Leninismus. Die Lehre Lenins vom Sinn und Zweck einer kommunistischen Kaderpartei wurde darin ebenso betont wie die Annahme historischer Gesetzmäßigkeiten, aus denen sich politische Praktiken wie von selbst legitimierten.³⁸ Das galt auch für soziale Zielsetzungen, die im allgemeinen von einer langfristigen, planmäßigen und stabilen Aufwärtsentwicklung ausgingen. Dabei hielt man sich an das von Marx formulierte Leistungsprinzip, das in einer ersten Phase die Verteilung der Produkte nach dem Maß der Arbeitsleistung vorsah und in einer späteren Phase des entwickelten Kommunismus jedem nach seinen Bedürfnissen die Teilhabe am gesellschaftlichen Reichtum in Aussicht stellte.³⁹ Wie die Geschichte des mittel- und osteuropäischen Staatssozialismus

36 Vgl. u.a. Irene Dölling, Über den Patriarchalismus staatssozialistischer Gesellschaften und die Geschlechterfrage im gesellschaftlichen Umbruch, in: *Utopie kreativ* 7 (1991), S. 25–32; Beatrix Bouvier, Die DDR – ein Sozialstaat. Sozialpolitik in der Ära Honecker, Bonn 2002, S. 296f.

37 Vgl. Peters, *Wirtschaftspolitik*, S. 289.

38 Uwe Backes, Totalitäres Denken, in: Ders./Stéphane Courtois (Hg.), „Ein Gespenst geht um in Europa“. Das Erbe kommunistischer Ideologien, Köln/Weimar/Wien 2002, S. 383–407, hier S. 405.

39 Karl Marx, Kritik des Gothaer Programms, in: MEW, Bd. 19, Berlin 1969, S. 21.

zeigte, war das Mobilisierungs- und Legitimationspotential dieses Leistungsprinzips nicht allzu hoch zu veranschlagen, aber eine Vertröstungs- und soziale Beschwichtigungsfunktion kam ihm allemal zu. Vor allem erfüllten die mit ihm verbundenen zentral gesteuerten Verteilungsmechanismen eine wichtige machtpolitische Funktion.⁴⁰ Das politische System bot hier wenig Spielraum. Gerade während der Reformperiode hatte sich gezeigt, daß in Zentralverwaltungswirtschaften die „Gewährung selbst nur geringer wirtschaftlicher Freiheitsrechte [...] nur zu schnell sowohl mit den Erfordernissen der gesellschaftlichen Organisation der Produktion als auch mit den geplanten Antworten auf die Verteilungsfrage“ kollidiert.⁴¹ Solche Kollisionen wollte man künftig im Interesse der Machtsicherung verhindern.

Nicht zuletzt aus diesem Grunde wurde die Normalisierungspolitik mit der Zusage verbunden, Sozialpolitik primär an den Bedürfnissen der Arbeiter als den unmittelbaren Produzenten auszurichten. Nachdem die Wirtschaftsreformen der sechziger Jahre einiges von der sozialen Privilegierung der Industriearbeiterschaft zurückgenommen hatten, ging man nun auf Gegenkurs. Die Restauration des Arbeiters als soziale und kulturelle Leitfigur der sozialistischen Gesellschaft folgte zweifellos der Intention, durch eine entsprechende Umverteilung konsumtiver Ressourcen für politische Ruhe zu sorgen. Doch ging es wohl auch darum, mit Hilfe der neuen sozialen Strategie den Mythos „Arbeiterklasse“ und damit ein entscheidendes Herrschaftsparadigma gegen die Herausforderungen der dritten industriellen Revolution abzusichern. Das schien insofern nötig, als sich in den entwickelten Industrieländern ein gravierender Wandel der Arbeitsgesellschaft abzuzeichnen begann.⁴² Auch in den sozialistischen Ländern ging man von bevorstehenden erheblichen Wandlungen in der Berufsstruktur und im Verlauf von Erwerbsbiographien aus. Alles dies legte beschäftigungspolitische Steuerungs- und sozialpolitische Schutzmaßnahmen nahe, die ihrerseits ins Normalisierungskonzept passen sollten.

Zu Beginn der siebziger Jahre fühlte man sich aber in dieser Hinsicht noch nicht unter Zeitdruck. Dagegen stand der polnische Dezember 1970 wie ein Menetekel im politischen Raum. Hier erschien sofortiges Handeln geboten. Das Problem brachte in der DDR der 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Dresden, Werner Krolikowski, in seiner Rede auf der 14. Tagung des ZK der SED auf den Nenner: „Wir brauchen politische Stabilität in der Arbeiterklasse.“⁴³ Die zu diesem Zweck in den Jahren 1971 bis 1973 eingeleiteten sozialen Beschwichtigungsmaßnahmen folgten in keinem sozialistischen Land einem ausbalancierten

40 Gérard Gäfgen, Leistungsprinzip und Bedarfsprinzip in Wirtschaft und Gesellschaft, in: Ders. (Hg.), Leistungsgesellschaft und Mitmenschlichkeit, Limburg 1972, S. 9–35.

41 Manfred E. Streit, Freiheit und Gerechtigkeit. Ordnungspolitische Aspekte zweier gesellschaftlicher Grundwerte, in: ORDO. Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft, Bd. 39, Stuttgart/New York 1988, S. 33–53, hier S. 48f.

42 Robert Castel, Metamorphosen der sozialen Frage. Eine Chronik der Lohnarbeit, Konstanz 2000, S. 338–348.

43 14. Tagung des ZK der SED, 9.–11.12.1970. Diskussionsbeitrag Werner Krolikowski, SAPMO-BArch, DY-30, IV 2/1/414, Bl. 32–46, hier bes. Bl. 46.

wirtschafts- und sozialpolitischen Konzept. Es wurde improvisiert, um zurückgestaute soziale Erwartungen in kurzer Zeit befriedigen und zwischen Produktion und Konsumtion eine Balance herzustellen. Allerdings entwickelte dieser Lösungsansatz sehr schnell eine gefährliche Eigendynamik. Ging es anfangs nur um den Versuch, mit Ad-hoc-Maßnahmen eine soziale Befriedung zu erreichen, so folgten sehr bald soziale Vorleistungen, für die Einschnitte in die Substanz vorgenommen wurden. Ein dramatisches Warnsignal hätte die Kürzung strategisch wichtiger Modernisierungs- und Entwicklungsinvestitionen sein müssen.⁴⁴ Besonders fatal an dieser Entwicklung war, daß die sowjetische Führungsmacht auf diesem Weg voranging.⁴⁵

Um 1970 zeichnete sich eine solche Perspektive noch nicht deutlich ab. Die Schwierigkeiten schienen lösbar. Auch die politischen Differenzen zwischen Reformern und Normalisierern blieben vom Fortschrittsoptimismus bestimmt. Die gesellschaftspolitischen Denkmodelle folgten der optimistischen Annahme einer strukturellen Kausalität des industriellen Zeitalters.⁴⁶ Dabei erschien die Betriebsförmigkeit sozialistischer Gesellschaften als optimale Voraussetzung zur Bewältigung der dritten industriellen Revolution.⁴⁷ Auch sozialpolitische Überlegungen waren direkt von solchen Erwartungen tangiert, wie etwa die Diskussionen um die Möglichkeiten und Chancen der Sozialplanung zeigten.⁴⁸

Ebenso folgte das Normalisierungskonzept der Annahme einer ungebrochenen Problemlösungskompetenz der Parteiführungen. Man ging dabei davon aus, die Dinge mit einem relativ simplen politischen Umsteuern regulieren zu können. Hierfür war es durchaus kennzeichnend, wie der polnische Ministerpräsident Piotr Jaroszewicz im März 1972 den Kurswechsel beschrieb: „Die organische Verbindung der gesellschaftlichen Ziele des Sozialismus mit den wirtschaftlichen Voraussetzungen ihrer Realisierung kennzeichnet das wesentlichste Merkmal der Politik der Partei. Während sich früher die Erhöhung des Lebensstandards aus der Erfüllung verschiedener Planaufgaben ergab – und auf diesem Gebiet zeigten sich am stärksten die Inkonsequenzen und Mißerfolge der Wirtschaftspolitik vor dem Dezember 1970 – wurde jetzt ein hoher, gesellschaftlich spürbarer Zuwachs der Löhne, des Realeinkommens und des Verbrauchs an die Spitze der Aufgaben gestellt. Dieser grundlegenden Aufgabe – also den Interessen, Bedürfnissen und Bestrebungen des werktätigen Menschen – wurden die Hauptziele und die Proportionen des Planes untergeordnet.“⁴⁹ In diesem Licht

44 Zeev Bar-Sella, Der Marxismus als nichttypische gnostische Lehre, in: Leonid Luks (Hg.), Das Christentum und die totalitären Herausforderungen des 20. Jahrhunderts. Rußland, Deutschland, Italien und Polen im Vergleich, Köln/Weimar/Wien 2002, S. 133–143, hier S. 134.

45 Manfred Hildermeier, Geschichte der Sowjetunion 1917–1991. Entstehung und Niedergang des ersten sozialistischen Staates, München 1998, S. 964.

46 Stefan Beck, Umgang mit Technik. Kulturelle Praxen und kulturwissenschaftliche Forschungskonzepte, Berlin 1997, S. 315.

47 Frank Deppe, Politisches Denken im 20. Jahrhundert. Die Anfänge, Hamburg 1999, S. 293f.

48 Vgl. Melanie Tatur, Sozialplanung und Humanisierung der Arbeitswelt in der Sowjetunion, in: Leviathan 7 (1979) H. 3, S. 415–440, hier S. 415.

49 Zit. nach: Władysław Góra, Volksrepublik Polen. Ein Abriß, Berlin 1979, S. 284.

traten bei der Normalisierungs-Programmatik deutlich voluntaristische Züge hervor.

Praktische Entscheidungen und Wirkungen

Zu welchen praktischen Entscheidungen führte die „sozialpolitische Wende“? Inwieweit haben Normen- und Wertorientierungen darin ihren Niederschlag gefunden? Um darauf eine Antwort zu finden, liegt nichts näher, als die im Verlaufe des Jahres 1971 ausgearbeiteten Fünfjahrpläne 1971 bis 1975 unter die Lupe zu nehmen. Zunächst springen im Hinblick auf die wichtigsten sozialpolitisch relevanten Vorhaben wesentliche Übereinstimmungen ins Auge: In den neuen Fünfjahrplänen, die zwischen November 1970 und Dezember 1971 von den kommunistischen Parteien der europäischen RGW-Länder ausgearbeitet worden waren, bildeten sozialpolitische Programme einen markanten Schwerpunkt. Sie sahen vor, Investitionen und Produktion in Industrie und Landwirtschaft zu konsolidieren, gleichzeitig aber auch vermehrt Ressourcen in den konsumtiven Bereich zu lenken. Ganz offensichtlich reagierte man damit auf einen Zielkonflikt zwischen den Erfordernissen wirtschaftlicher Modernisierung einerseits und einem zunehmenden Forderungsdruck nach Verbesserung der Lebenslage andererseits.⁵⁰ Die Übereinstimmungen werden an den folgenden drei Beispielen deutlich:

Auf ihrem XIV. Parteitag im Mai 1971 sah die KSČ für die ČSSR zunächst die Fortsetzung und den Abschluß einer wirtschaftlichen Konsolidierungsphase vor, um von daher eine höhere Stufe der intensiv erweiterten Reproduktion zu erreichen. Als zentrale Aufgabe galt die Herstellung ausgeglichener Proportionen zwischen Kaufkraft und Warendecke, also eine stabilere Versorgung, und die Verbesserung der Zahlungsbilanz. Weiter wollte man die Anhebung der nominalen Monatslöhne auf 2 300 Kčs und die Steigerung der gesellschaftlichen Konsumtion um ein Drittel erreichen. Zudem sollten bis Mitte der siebziger Jahre 500 000 neue Wohnungen gebaut werden. Kernpunkte eines speziellen Sozialprogramms waren Preissenkungen und Rentenerhöhungen noch im Jahr 1971, Gehaltserhöhungen im Bildungs-, Gesundheits-, und Sozialwesen in den Jahren 1971/1972 und die Erhöhung des Kindergeldes sowie Darlehen für junge Eheleute im Jahr 1973. Ein einheitliches System der Rentenversorgung sollte eingeführt werden und für 1976 stellten die Planer weitere Rentenerhöhungen in Aussicht.⁵¹

In der DDR beschloß der VIII. Parteitag der SED im Juni 1971 die „weitere Erhöhung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus des Volkes auf der Grundlage eines hohen Entwicklungstempos der sozialistischen Produktion, der

50 Vgl. Péter Gunst, *Einige Probleme der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung Osteuropas*, Köln 1977; Ambrosius/Hubbard, *Sozial- und Wirtschaftsgeschichte*, S. 301f.

51 Zpráva o činnosti strany společnosti od XIV. Sjezdu KSČ a další úkly strany, přednesená soudruhům Gustávem Husákem, in: XIV. Sjezd Komunistické strany Československu, Praha, 25. května – 29. května 1971, Praha 1979; Rudolf Dau/Franz Svatosch, *Neueste Geschichte der Tschechoslowakei*, Berlin 1985, S. 274f., 283.

Erhöhung der Effektivität des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und des Wachstums der Arbeitsproduktivität“ ausdrücklich als „Hauptaufgabe“. Der Bedarf der Bevölkerung wurde nunmehr zu einer entscheidenden Ausgangsgröße für Produktion und Versorgung. Entsprechend beinhaltete der Fünfjahrplan die Steigerung der Konsumgüterproduktion zur Gewährleistung einer stabilen Versorgung in Übereinstimmung mit einer leistungsgerechten Einkommensentwicklung. Der Bau von 500 000 Wohnungen sollte insbesondere Arbeitern zugute kommen. Bei der Anhebung der Realeinkommen stand die Erhöhung niedriger Löhne und Renten im Mittelpunkt. Auch der Ausbau des Dienstleistungsbereichs und der Erholungsmöglichkeiten stand in der Rangfolge der Aufgaben weit oben.⁵²

Nachdem die PZPR in der Volksrepublik Polen auf die Dezemberkrise des Jahres 1970 unmittelbar mit der Rücknahme der Preiserhöhungen und der Anhebung niedriger Einkommen reagiert hatte, legte sie auf ihrem VI. Parteitag im Dezember 1971 im Rahmen des neuen Fünfjahrplanes die entscheidenden sozialpolitischen Ziele fest. Es ging um 1,8 Millionen neue Arbeitsplätze, um den zunehmenden Bevölkerungsdruck zu kompensieren. In Aussicht gestellt wurden 18 Prozent Realloohnerhöhung und eine Steigerung des Verbrauchs um 40 Prozent, hinzu kam der Bau von einer Million Wohnungen, auch sollte es soziale Verbesserungen in Kommunen und im Gesundheitswesen geben.⁵³

Als Eckpunkte aller dieser Planungen sind unschwer folgende übereinstimmende Ziele zu erkennen:

- Reallohn- und Rentenerhöhungen;
- Stabilisierung der Versorgung und Steigerung des Verbrauchs;
- Wohnungsbau;
- beschäftigungspolitische Maßnahmen.

Hier handelte es sich nicht allein um eine Reaktion auf bestehende Defizite und auf die daraus resultierende Unzufriedenheit in den Gesellschaften der jeweiligen Ländern, sondern man glaubte damit auch eine dauerhafte Strategie gefunden zu haben, mit der eine Wiederholung des polnischen Dezember im größeren Maßstab des sowjetischen Blocks ausgeschlossen werden konnte und zugleich eine Alternative zum bislang wenig erfolgversprechend verlaufenden Wettbewerb mit den westlichen Industrieländern eröffnet schien. Hierüber herrschte im Hegemonialbereich der UdSSR einigermmaßen Übereinstimmung,

52 Direktive des VIII. Parteitages der SED zum Fünfjahrplan für die Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR 1971 bis 1975, in: Protokoll des VIII. Parteitages der SED, Bd. 2, Berlin 1971, S. 322–327, 380–391; Erich Honecker, Schlußwort auf der 4. Tagung des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, in: Ders., Reden und Aufsätze, Bd. 1, Berlin 1973, S. 410.

53 Beschluß des VI. Parteitages der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei über die weitere sozialistische Entwicklung der Volksrepublik Polen in den Jahren 1971–1975, in: Für die weitere Entwicklung Volkspolens. VI. Parteitag der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, 6. bis 11. Dezember 1971, Dokumente, Warschau 1972, S. 283–391.

wenngleich Rumänien und Ungarn auch zentrifugale Tendenzen erkennen ließen.⁵⁴

Welche Wirkungen die „sozialpolitische Wende“ der Jahre 1970/1971 auslöste, ist hier nicht im einzelnen auszuführen, zumal zwischen unmittelbaren Effekten unterschiedlicher Dauer und Fernwirkungen zu unterscheiden ist. So sind auf der einen Seite unbestreitbare Anfangerfolge zu konstatieren. Andererseits setzten mit dem Durchschlagen der Ölkrise auf die staatssozialistischen Länder Mitte der siebziger Jahre und mit der wachsenden Verschuldung Entwicklungen ein, die in die offene Krise der achtziger Jahre mündeten.

Ein Indikator für die zunächst positive Resonanz ist in der Geburtenentwicklung zu erkennen. Selbst die DDR verzeichnete nach dem durch die Freigabe der Schwangerschaftsunterbrechung 1972 verursachten demographischen „Knick“⁵⁵ infolge bevölkerungspolitischer Fördermaßnahmen 1975 eine größere Geburtenhäufigkeit.⁵⁶ Als ein weiterer Indikator kann der Wohnungsbau dienen. Wenngleich hier die Zahlen mit größerer Vorsicht zu genießen sind, bleibt im betrachteten Zeitraum immerhin eine Minderung der allgemeinen Wohnraumknappheit zu verzeichnen.⁵⁷ Besonders aussagekräftig für die Tendenz der Normalisierungspolitik war die Entwicklung der Individualautomobilisierung. Mit der Steigerung der PKW-Produktion und, wie im Falle der DDR, auch des Imports von Autos, machten die Planer eine Konzession, die von ursprünglichen sozialistischen Verkehrskonzepten wegführte.⁵⁸ Schließlich sollte noch die Elektroenergieerzeugung als Indikator angeführt sein, der zeigt, daß die soziale Befriedungspolitik in der ersten Hälfte der siebziger Jahre noch keine gravierenden Spuren in der Entwicklung des Produktionspotentials hinterließ.⁵⁹

Es erscheint fraglich, ob die Entscheidungsträger und Planer angesichts dieser Entwicklung die Konsequenz ihrer politischen Intentionen hinreichend kritisch bedacht haben. Zweifellos ging es ihnen zunächst in erster Linie um die Behebung einer politisch prekären Situation. Es ist nicht zu erkennen, daß man dieser mit einem ausgereiften wirtschaftlichen Konzept begegnet wäre. Vielmehr entsteht der Eindruck, als sei es erst im Fortgang von Ad-hoc-Entscheidungen zu einer Konzeptualisierung dieser Politik gekommen. Gleichwohl bleibt zu fragen, ob man dabei nicht wahrnahm oder ob es bewußt ausgeblendet wurde, daß die Normalisierungspolitik die Parteiregime nach kurzfristiger Entlastung unter einen zunehmenden sozialpolitischen Erfolgsdruck setzen würde. Hier tappten die Verantwortlichen offenbar in eine selbstgebaute Falle, indem sie, wie etwa Erich Honecker, ihren Kurs durch eine „grundlegende Übereinstimmung von

54 Vgl. den Beitrag von Jörg Roesler in diesem Heft.

55 Gesetz über die Unterbrechung der Schwangerschaft v. 9.3.1972, in: GBl. der DDR I, Nr. 5/1972.

56 Statistisches Jahrbuch der DDR 1978, Berlin 1978, S. 3*.

57 Ebd., S. 5*.

58 Ebd., S. 13*; Statistisches Jahrbuch der DDR 1977, Berlin 1977, S. 13*.

59 Ebd., S. 9*; Statistisches Jahrbuch der DDR 1978, S. 9*.

persönlichen, kollektiven, Klassen- und gesellschaftlichen Interessen“ abgesehen wählten.⁶⁰

Näher besehen, erwies sich das Argument der Interessenübereinstimmung als gefährlich doppelbödig. Dies war gerade deshalb der Fall, weil es teilweise stimmte. Immerhin zeichnete sich bei wesentlichen sozialen Bedürfnissen wie Ernährung, Kleidung, Wohnen, Bildung, Gesundheitsvorsorge und Arbeit zwischen den Interessen der verschiedenen Bevölkerungsgruppen und denen der Machtelite eine beträchtliche Schnittmenge ab.⁶¹ Es handelte sich um existentiell wichtige Aufgabenfelder, auf denen die Akteure drei Möglichkeiten hatten: entweder sie gingen tatsächlich konform oder sie suchten ein Arrangement, wenn sie nicht gar einen Konflikt riskieren wollten. Alle Varianten findet man in der Geschichte der sozialistischen Länder. Aber welche davon auch gerade aktuell war, sie brachte die Parteiregime so oder so in Zugzwang.

Resümee

Im Hinblick auf Polen hat Zygmunt Zieliński von einer „Erosion des kommunistischen Glaubens“ gesprochen. Vor allem jüngere Parteimitglieder seien „einfach rein konsumorientiert und pragmatisch“ gewesen.⁶² Dieses Phänomen, das man auch in den anderen sozialistischen Ländern antreffen konnte, mag seinen Teil zur Normalisierungspolitik beigetragen haben. Sie ist zutreffend auch als „Konsumsozialismus“ bezeichnet worden.⁶³ Die Machteliten ließen sich in dieser Hinsicht auf manchen Kompromiß ein, ihrem Normenhaushalt entsprach eine solche Konsumfixierung dennoch nicht. Deutlich wurde das u.a. an der um Lebensstandard und sozialistische Lebensweise geführten Diskussion, die während der Reformphase der Sechziger begonnen hatte und in den siebziger Jahren ihren Fortgang fand. Jenseits der üblichen Messung des Lebensstandards mit Hilfe des Bruttoinlandsprodukts (BIP) pro Kopf der Bevölkerung versuchte man qualitative Faktoren geltend zu machen, unter denen soziale Sicherheit einen herausragenden Platz einnahm. Insbesondere die Sicherheit der Arbeitsplätze und des Wohnens, sowie die Partizipation der Menschen an gesellschaftlichen Fonds wurden hierfür angeführt. Das relativierte einerseits einen direkten Vergleich mit den hochentwickelten Industriestaaten des Westens, von denen man sich, wie etwa in der DDR, zusätzlich abzuheben versuchte, indem statt von Lebensstan-

60 Gunnar Winkler, Die Sozialpolitik bei der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft (1971–1985), in: Ders. (Hg.), Geschichte der Sozialpolitik der DDR 1945–1985, Berlin 1989, S. 153–237, hier S. 232.

61 Ein Indiz dafür ist die relativ positive Beurteilung, die viele Menschen im historischen Rückblick mit den sozialen Leistungen der Normalisierungspolitik verbinden. Vgl. z.B. Statistisches Bundesamt (Hg.) in Zusammenarbeit mit dem Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) und dem Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen, Mannheim (ZUMA), Datenreport 2002. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland, Bonn 2002, S. 611 f.

62 Zygmunt Zieliński, Der Katholizismus in Polen vor und nach 1989, in: Leonid Luks (Hg.), Das Christentum und die totalitären Herausforderungen des 20. Jahrhunderts. Rußland, Deutschland, Italien und Polen im Vergleich, Köln/Weimar/Wien 2002, S. 227–235, hier S. 229.

63 Dietrich Staritz, Geschichte der DDR, Frankfurt a.M., erw. Neuaufgabe 1996, S. 281.

dard häufiger von Volkswohlstand oder von Lebensniveau die Rede war.⁶⁴ Dieses fand sein Maß in der individuellen Konsumtion, dem Wohnen, den Arbeitsbedingungen, der Dauer und Verwendung der arbeitsfreien Zeit und den Wirkungen der natürlichen Umwelt.⁶⁵

Hierin kamen traditionale Normenorientierungen zum Vorschein. Solange es um sogenannte Grundbedürfnisse ging, differierten Reformen und Normalisierer in den Partei- und Staatsapparaten nur wenig. Im wesentlichen folgten sie alle einer Vorstellung von der täglichen Lebensbewältigung und von den Bedürfnissen arbeitender Menschen, wie sie bereits in der Programmatik linksgerichteter Arbeiterparteien des ausgehenden 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts präsent war.⁶⁶ Die Gesellschaft erschien als eine Produzenten-, Verbraucher- und Nutzergemeinschaft, die nach zentralen staatlichen Plänen produzierte, ihre Ressourcen verteilte und konsumierte. Normalisierung bedeutete in diesem Zusammenhang, daß man bei der Bestimmung der Ziele von den Bedürfnissen dieser Gemeinschaft auszugehen gedachte, um im Gegenzug einen sozialen Befriedigungseffekt und damit einen Legitimationsgewinn für das Parteiregime zu erreichen. Die Reformen hatten dagegen eher technokratische Lösungsvarianten im Blick, die allerdings für die Partei die Gefahr einer Machteinbuße heraufbeschworen. Das war der springende Punkt des Konflikts. In ihren sozialen Zielen unterschieden sich beide Seiten kaum.

Im Zeichen der Normalisierungspolitik war die Bedarfsplanung weitgehend an einer ideologisch korrekt definierten „Arbeiterklasse“ ausgerichtet, in deren Mittelpunkt industrielle Produktionsarbeiter standen. Dieses Modell traf die soziale Wirklichkeit der Mittel- und Osteuropäer in den siebziger Jahren aber nur noch bedingt. In der Praxis tendierten die Wünsche und Erwartungen der Adressaten sozialistischer Sozialpolitik, soweit sie Wohnen, Ernährung, Kleidung, Mobilität und Freizeit betrafen, zum „bürgerlichen“ Gegenstück, der westlichen Konsumgesellschaft.⁶⁷ Während dort, wie es Pierre Bourdieu am Beispiel des Eigenheims gezeigt hat, auch viele Angehörige politisch linksorientierter Bevölkerungsschichten von einem „Verbürgerlichungsprozeß“ erfaßt wurden⁶⁸, verstärkten sich in den sozialistischen Ländern die Nachahmungseffekte. Gefährlich war beides. Konnte im Westen der Baukredit für das Eigenheim des „Einzigsten“ von der leicht zu tragenden Belastung zur existentiellen Bedrohung werden, so gerieten die Normalisierungsregime des Ostens in eine Hase-und-Igel-Situation, in der sie den sozialen Bedürfnissen, die schnell in Forderungen umschlagen

64 Vgl. Autorenkollektiv, *Lebensniveau im Sozialismus*, Berlin 1989.

65 Günter Manz, *Bedürfnisse, Lebensniveau, Lebensweisen*, in: Ders./Ekkehard Sachse/Gunnar Winkler (Hg.), *Sozialpolitik in der DDR. Ziele und Wirklichkeit*, Berlin 2001, S. 101–121, hier S. 105f.

66 Vgl. Dietrich Mühlberg, *Konnte Arbeiterkultur in der DDR gesellschaftlich hegemonial sein?* In: *UTOPIE kreativ*, H. 145 (November 2002), S. 965–976, hier S. 975.

67 Dies im Kontrast zu Ina Merkel, *Utopie und Bedürfnis. Die Geschichte der Konsumkultur in der DDR*, Köln/Weimar/Wien 1999, S. 11.

68 Pierre Bourdieu u.a., *Der Einzige und sein Eigenheim*. Erweiterte Neuausgabe. Hg. v. Margareta Steinrück, Hamburg 2002.

konnten, ständig hinterherhechelten und dabei die ökonomischen Potentiale verschlissen.⁶⁹ Brisant wurde diese Entwicklung vor allem durch die Verknüpfung der Konsumenteninteressen mit den Machtinteressen.⁷⁰

Im Umgang mit den daraus folgenden Erosionserscheinungen des Normalisierungsmodells unterschieden sich die Parteiführungen der einzelnen Länder allerdings recht deutlich. Ähnlich wie sich die von Klaus von Beyme beschriebenen Akteurskonstellationen der späten achtziger Jahre entweder für ein pragmatisches „Durchwursteln“ oder für eine Ideologiesteuerung entschieden, handelten sie auch in der Normalisierungsperiode.⁷¹ Das spricht für eine gewisse Pfadabhängigkeit.⁷² In ihr spielten ohne Zweifel nationale Traditionen und kulturelle Prägungen eine Rolle. So war etwa das Verhältnis zum Staat als Akteur der Sozialpolitik in Polen ein anderes als in der DDR. Darüber hinaus wies die Normalisierungspolitik kräftige nationale Einfärbungen auf, die sehr gezielt und in unverkennbar legitimatorischer Absicht aufgetragen wurden.

Resümierend stellt sich die Frage nach der historischen Qualität der Normalisierungspolitik.⁷³ Diese ist in jüngerer Zeit vor allem unter herrschaftstechnischem Aspekt betrachtet und, insbesondere mit Blick auf die DDR, als „Fürsorgediktatur“, neuerdings auch als „Versorgungsdiktatur“ bezeichnet worden.⁷⁴ Eine etwas ältere Debatte legt jedoch noch einen weiteren Gesichtspunkt nahe: Schon seit dem späten 19. Jahrhundert fand in der politischen Linken bzw. im linksliberalen Lager eine Diskussion zum Verhältnis von Normalität und Krise statt. Es ging dabei auch um den Versuch, eine Krisentheorie zu entwickeln.⁷⁵ Ein solcher Ansatz legt es nahe zu fragen, ob nicht auch die Normalisierungspolitik, die ja unbestritten eine Krise zum Ausgangspunkt hatte, insgesamt als Krisenzusammenhang zu erklären ist. Normalisierung reduzierte sich ja nicht nur auf eine soziale Befriedungsstrategie, sondern verursachte mittel- und langfristig solche wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Kosten mit überaus problematischen Nah- und Fernwirkungen, daß bereits der ganze Vorgang und nicht erst seine späteren Folgen als Krise *sui generis* erscheinen mag.

69 Vgl. Bouvier, DDR, S. 336.

70 Segert, Die Grenzen, S. 144.

71 Klaus v. Beyme, Systemwechsel in Osteuropa, Frankfurt a.M. 1994, S. 95.

72 Vgl. David Stark/László Bruszt, Postsocialist Pathways. Transforming Politics and Property in East Central Europe, Cambridge u.a. 1998.

73 Vgl. hierzu den Kommentar von Christoph Boyer in diesem Heft.

74 Konrad H. Jarausch, Realer Sozialismus als Fürsorgediktatur. Zur begrifflichen Einordnung der DDR, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 20/98, S. 33–46; Bouvier, DDR, S. 337.

75 Vgl. Eugen Dühring, Cursus der National- und Sozialökonomie, Leipzig, 3. Aufl. 1892; Franz Oppenheimer, Normalität und Krise, in: Archiv für Rechts- und Wirtschaftsphilosophie, Bd. 5, Berlin 1911/12, S. 144–163.